

Vertragsbedingungen

Zwischen **Kassenärztliche Vereinigung Bayerns K.d.ö.R., Elsenheimerstraße 39, 80687 München**
- im Folgenden Auftraggeberin genannt -

und
- im Folgenden Auftragnehmer genannt –

wird folgender Vertrag geschlossen:

Hinweis: Soweit im Vertragstext das generische Maskulinum verwendet wird, dient dies ausschließlich der Lesbarkeit und schließt keine geschlechtliche Differenzierung aus.

Vorbemerkung

Als Vertragsgrundlage dienen alle vom Auftragnehmer im Rahmen der Vergabe abgegebenen Erklärungen, eingereichten Unterlagen sowie Nachweise und Bescheinigungen. Dies gilt insbesondere für die Unterlagen, auf deren Grundlage die Auftraggeberin die Eignung festgestellt hat. Die Parteien sind sich einig, dass die Eignung des Auftragnehmers sowie deren Fortbestand während der Vertragslaufzeit sowie die zuverlässige und fachgerechte Leistungserbringung wesentliche Vertragsgrundlagen darstellen.

§1 Auftragsgegenstand

- (1) Gegenstand dieses Vertrages ist die Erbringung folgender Leistungen durch den Auftragnehmer:
- Aktenvernichtung gem. DSGVO und DIN 66399 in Schutzklasse 3 mit Sicherheitsstufe 5 (Kategorie P und F welche mindestens Altakten inkl. Ordner, Mikrofiche, Heftstreifen aus Kunststoff, diverse Mappen, sonstige Papierabfälle sowie Klarsichtfolien enthalten),
 - Sicherstellung einer lückenlosen, gesicherten Transport- und Vernichtungskette,
 - Bereitstellung geeigneter, verschlossener und gegen unbefugte Öffnung gesicherter Behälter,
 - Erstellung eines Vernichtungsnachweises je Vorgang (mindestens Datum, Menge/Volumen und Vernichtungsart)
 - Hol- und Bringservice innerhalb der Gebäude gemäß Leistungsbeschreibung und Preisblatt.

Die Vernichtung erfolgt ausschließlich innerhalb der EU bzw. des EWR in geeigneten und gesicherten Anlagen.

- (2) Die in den Vergabeunterlagen angegebenen Mengen stellen unverbindliche Erfahrungswerte dar. Eine Verpflichtung zur Abnahme bestimmter Mengen oder Mindestmengen besteht nicht.
- (3) Soweit im Rahmen der Leistungserbringung Verpackungsmaterial anfällt, ist dieses vom Auftragnehmer auf eigene Kosten ordnungsgemäß und fachgerecht zu entsorgen.

§2 Vertragsbestandteile / Grundlagen des Vertrages

- (1) Bei Widersprüchen gilt folgende Rangfolge:
- die Regelungen dieses Vertrages
 - die Leistungsbeschreibung, das Preisblatt sowie alle Anlagen und die jeweiligen Einzelabrufe
 - der Vertrag zur Auftragsverarbeitung gemäß Art. 28 DSGVO, soweit personenbezogene Daten betroffen sind
 - die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der jeweils gültigen Fassung. Diese kann bei der Auftraggeberin angefordert werden.
- (2) Auf die Leistungen nach diesem Vertrag findet Werkvertragsrecht Anwendung, soweit in diesem Vertrag nichts Abweichendes geregelt ist.

§3 Ausführung der Leistungen

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die vertraglich geschuldeten Leistungen fachgerecht, ordnungsgemäß und entsprechend den vertraglichen Vorgaben zu erbringen.
- (2) Die in den Vergabeunterlagen enthaltenen Vorgaben sind verbindlich und bestimmen den geschuldeten werkvertraglichen Erfolg.
- (3) Die Festlegung und Änderung einzelner Leistungsinhalte oder -abläufe durch die Auftraggeberin sind zulässig; diese sind vorab mit dem Auftragnehmer abzustimmen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, diese durchzuführen, soweit die Änderungen den Gesamtcharakter des Vertrages nicht verändern und nur mit einem unerheblichen Mehraufwand verbunden sind. Ist der Mehraufwand nicht mehr unerheblich, vereinbaren die Parteien einvernehmlich eine angemessene Anpassung unter Beachtung der Vergaberichtlinien der Auftraggeberin. Der Auftragnehmer hat einen entsprechenden Mehraufwand nachvollziehbar darzulegen.
- (4) Die für die Leistungserbringung erforderlichen Maschinen, Geräte und Hilfsmittel stellt und unterhält der Auftragnehmer.
 - Die eingesetzten Geräte müssen stets den Anforderungen der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften sowie den anerkannten Regeln der Technik entsprechen und sind den notwendigen wiederkehrenden Prüfungen zu unterziehen.
 - Der Auftragnehmer hat bei der Wahl seiner Mittel die Belange und Auflagen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes, der Arbeitssicherheit und der besonderen örtlichen Gegebenheiten zu beachten.
- (5) Die Auftraggeberin ist berechtigt, einzelne Leistungsbestandteile zeitweise oder dauerhaft aus dem Leistungsumfang herauszunehmen. In diesem Fall reduziert sich die Vergütung entsprechend dem tatsächlich verminderten Leistungsumfang.

Ein Anspruch auf Vorhaltevergütung besteht nicht, soweit Leistungen dauerhaft oder vorübergehend entfallen.

§4 Pflichten des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung aller einschlägigen gesetzlichen, behördlichen und berufsgenossenschaftlichen Vorschriften sowie des jeweils aktuellen Standes der Technik. Die Auftraggeberin ist berechtigt die Einhaltung zu überprüfen.
- (2) Er versichert, dass eingesetztes Personal über alle erforderlichen Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse verfügt.
- (3) Der Einsatz von Subunternehmern ist grundsätzlich unzulässig.
- (4) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Leistungen fach- und termingerecht zu erbringen.
- (5) Der Auftragnehmer stellt sicher, dass ausschließlich zuverlässiges und geschultes Personal eingesetzt und regelmäßig in Datenschutz und Informationssicherheit geschult wird.
- (6) Die Mitarbeiter des Auftragnehmers müssen sich während der Leistungserbringung jederzeit durch geeignete Ausweisdokumente ausweisen können.
- (7) Der Auftragnehmer stellt sicher, dass alle eingesetzten Transport- und Sicherheitsbehälter sowie Transportmittel gegen unbefugten Zugriff gesichert sind und dem Stand der Technik entsprechen.

§5 Pflichten der Auftraggeberin

- (1) Die Auftraggeberin stellt dem Auftragnehmer die für die Leistungserbringung erforderlichen und bei ihr vorhandenen Informationen, Unterlagen und Daten zur Verfügung.

- (2) Soweit zur Vertragserfüllung erforderlich, ermöglicht die Auftraggeberin dem Auftragnehmer den Zugang zu den jeweiligen Räumlichkeiten und Einrichtungen.
- (3) Die Auftraggeberin ist berechtigt, die Einhaltung der vertraglichen sowie datenschutzrechtlichen Anforderungen nach angemessener Vorankündigung zu überprüfen oder durch Dritte überprüfen zu lassen.

§6 Vertragslaufzeit, Kündigung

- (1) Der Vertrag beginnt am **01.01.2027** und hat eine Laufzeit von vier (4) Jahren (48 Monate). Die Auftraggeberin ist berechtigt, den Vertrag zweimal um jeweils ein weiteres Jahr zu verlängern. Die Verlängerung gilt jeweils als vereinbart, sofern die Auftraggeberin der Verlängerung nicht spätestens drei Monate vor Ablauf der jeweiligen Vertragslaufzeit widerspricht.

Die maximale Vertragslaufzeit beträgt sechs (6) Jahre und endet danach automatisch, ohne Kündigung.

- (2) Die ersten sechs Monate ab Vertragsbeginn gelten als Probezeit. In der Probezeit kann der Vertrag von der Auftraggeberin ohne Angabe von Gründen mit einer Frist von vier Wochen gekündigt werden.
- (3) Nach Ablauf der Probezeit kann der Vertrag durch die Auftraggeberin ordentlich schriftlich mit einer Frist von drei (3) Monaten zum Vertragsjahr gekündigt werden.
- (4) Die Auftraggeberin ist ferner berechtigt, den Vertrag mit einer Frist von sechs Monaten zum Monatsende zu kündigen, sofern der Bedarf an den vertraglichen Leistungen entfällt. Schadensersatzansprüche des Auftragnehmers sind in diesem Fall ausgeschlossen.
- (5) Das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn:
 - eine Fortsetzung des Vertragsverhältnisses aufgrund schwerwiegender Pflichtverletzungen unzumutbar ist,
 - vereinbarte Leistungs- oder Liefertermine wiederholt nicht eingehalten werden,
 - Subunternehmer ohne Zustimmung der Auftraggeberin eingesetzt werden,

§7 Leistungsort und Leistungserbringung

- (1) Art und Umfang der geschuldeten Leistungen ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung samt Anlagen sowie dem Preisblatt und den jeweiligen Einzelabrufen.
- (2) Die Leistungserbringung erfolgt an den Standorten der Auftraggeberin entsprechend dem jeweils beauftragten Los: *(beauftragtes Los wird im Auftragsfall von der Auftraggeberin angekreuzt)*

Beauftragte(s) Los(e)		
	LOS 1	Bezirksstelle Schwaben, Frohsinnstraße 2, 86150 Augsburg KVB-Bereitschaftspraxis, Franziskanergasse 12, 86152 Augsburg
	LOS 2	Bezirksstelle Oberfranken, Brandenburger Str. 4, 95448 Bayreuth
	LOS 3	Bezirksstelle Mittelfranken, Vogelsgarten 6, 90402 Nürnberg KVB-Bereitschaftspraxis, Bahnhofstraße 11a, 90402 Nürnberg
	LOS 4	Bezirksstelle Oberpfalz, Kirchmeierstraße 26, 93051 Regensburg
	LOS 5	Bezirksstelle Niederbayern, Lilienstraße 5-9, 94315 Straubing
	LOS 6	Bezirksstelle Unterfranken, Hofstraße 5, 97070 Würzburg

- (3) Ansprechpartner der Auftraggeberin: Hauservice des jeweiligen Loses
 - Telefonnummer:
 - E-Mail-Adresse:

- (4) Vereinbarte Termine und Fristen sind verbindlich und dürfen nur mit vorheriger Zustimmung der Auftraggeberin unter Angabe der Gründe geändert werden.
- (5) Kommt der Auftragnehmer mit der Leistungserbringung in Verzug, ist die Auftraggeberin berechtigt, eine angemessene Nachfrist zu setzen. Nach fruchtlosem Ablauf der Nachfrist kann die Auftraggeberin vom jeweiligen Einzel-Leistungsabruf zurücktreten und die Leistung auf Kosten des Auftragnehmers anderweitig beschaffen. Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.

§8 Ruhen des Vertrages

Sollten die vertraglich vereinbarten Leistungen ganz oder teilweise vorübergehend nicht erbracht werden können, ist die Auftraggeberin berechtigt, den Vertrag zeitweise auszusetzen. Die Aussetzung berührt nicht die Vertragslaufzeit; der ursprünglich vereinbarte Endtermin bleibt bestehen.

§9 Vergütung, Rechnungsstellung

- (1) Die Vergütung erfolgt gemäß des geprüften Preisblattes zuzüglich der jeweils geltenden Mehrwertsteuer zum Zeitpunkt der Rechnungsstellung. Die vereinbarten Preise sind Festpreise.
- (2) Die Abrechnung erfolgt auf Grundlage der tatsächlich erbrachten Leistungen.
- (3) Die Rechnungsstellung erfolgt monatlich zum Monatsende auf Grundlage von Leistungsnachweisen (z.B. Leistungsscheinen), die Art, Umfang und Leistungszeitraum dokumentieren. Der Leistungsnachweis ist mit der Rechnung einzureichen. Jede Rechnung gilt als Teilschlussrechnung.
- (4) Zahlungen erfolgen bargeldlos auf Grundlage ordnungsgemäßer und prüffähiger Rechnungen.
- (5) Der Auftragnehmer trägt selbst die ordnungsgemäße Versteuerung sämtlicher Zahlungen sowie alle aus dem Vertrag resultierenden Abgaben und Zölle.
- (6) Alle Preise verstehen sich einschließlich sämtlicher Nebenkosten.
- (7) Rechnungen sind ausschließlich elektronisch unter Angabe der Vertragsnummer der Auftraggeberin zu senden an: rechnungseingang@kvb.de (Leitweg-ID: 09-KVBayerns-51)

Rechnungsanschrift:
Kassenärztliche Vereinigung Bayerns K.d.ö.R.
Verwaltung
Elsenheimerstr. 39
80687 München

§10 Preisanpassung

- (1) Der Auftragnehmer ist berechtigt, die Preise maximal einmal pro Jahr anzupassen, erstmals 12 Monate nach Vertragsbeginn und danach jeweils frühestens 12 Monate nach der letzten Preisanpassung.
- (2) Grundlage einer Preisanpassung unter Beachtung von § 9 Abs. 1 dieses Vertrages sind marktübliche Kostenentwicklungen. Maßgeblich für die prozentuale Anpassung der Preise ist die Entwicklung des vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Erzeugerpreisindex für Dienstleistungen. Eine Preisanpassung ist nur in dem prozentualen Umfang zulässig, in dem sich der vorgenannte Index seit der letzten Preisfestsetzung bzw. der letzten Preisanpassung zwischen Auftraggeberin und Auftragnehmer verändert hat.
- (3) Jede Preisanpassung ist der Auftraggeberin schriftlich unter Angabe der Gründe sowie unter Darlegung der maßgeblichen Indexentwicklung mitzuteilen. Sie wird 30 Tage nach Zugang der Mitteilung wirksam, sofern die Auftraggeberin nicht innerhalb dieser Frist schriftlich widerspricht. Eine rückwirkende Preisanpassung ist ausgeschlossen.

§11 Gewährleistung

- (1) Es gelten die gesetzlichen Vorschriften.
- (2) Die Auftraggeberin wird Mängel unverzüglich anzeigen. Der Auftragnehmer ist zur Nacherfüllung verpflichtet. Die Nacherfüllung erfolgt nach Wahl der Auftraggeberin durch Nachbesserung oder Ersatzlieferung.
- (3) Schlägt die Nacherfüllung fehl, wird vom Auftragnehmer verweigert oder ist unzumutbar, stehen der Auftraggeberin die gesetzlichen Mängelrechte (Minderung, Rücktritt und Schadensersatz) zu.
- (4) Die Gewährleistungsfrist beginnt mit der Abnahme der Leistung.
- (5) Die zum Zwecke der Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten, trägt der Auftragnehmer.

§12 Haftung

- (1) Es gelten die gesetzlichen Haftungsbestimmungen.
- (2) Der Auftragnehmer haftet für eigenes Verschulden sowie für das Verschulden seiner gesetzlichen Vertreter und Erfüllungsgehilfen.
- (3) Bei leicht fahrlässiger Verletzung wesentlicher Vertragspflichten ist die Haftung auf den vertragstypisch vorhersehbaren Schaden begrenzt. Die Haftung für Vorsatz, grobe Fahrlässigkeit sowie für Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit bleibt unberührt.
- (4) Der Auftragnehmer trägt die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Leistung.
- (5) Bei der Leistungserbringung beschädigte Gegenstände werden auf Veranlassung der Auftraggeberin auf Kosten des Auftragnehmers erneuert. Sämtliche Beschädigungen sind der Auftraggeberin umgehend schriftlich anzuzeigen.
- (6) Der Auftragnehmer stellt sicher, dass durch die Leistungserbringung keine Rechte Dritter verletzt werden, und stellt die Auftraggeberin von Ansprüchen Dritter frei.
- (7) Verzugsschäden sowie Mehrkosten, die der Auftraggeberin durch eine notwendige Ersatzvornahme oder Fremdvergabe entstehen, gelten als vertragstypisch vorhersehbare Schäden.

§13 Betriebs- und Vermögensschadenshaftpflichtversicherung

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, eine angemessene Vermögensschadenshaftpflichtversicherung während der Vertragslaufzeit aufrechtzuerhalten und auf Verlangen innerhalb von zwei Wochen nachzuweisen. Die Mindestdeckungssummen betragen:
 - Personen- und Sachschäden: EUR 2.000.000 pro Versicherungsfall,
 - Vermögensschäden: EUR 1.000.000 pro Versicherungsfall.

§14 Verschwiegenheitspflicht und Datenschutz

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle im Rahmen seiner Tätigkeit für die KVB bekannt gewordenen Informationen über die KVB, deren Kunden oder Mitarbeiter vertraulich zu behandeln und vor unberechtigtem Zugriff, Verlust oder unbefugter Weitergabe zu schützen. Vertrauliche Informationen sind insbesondere betriebswirtschaftliche, technische, finanzielle oder sonstige Informationen über die KVB, deren Mitarbeiter oder Kunden.
- (2) Soweit der Auftragnehmer im Rahmen dieses Vertrages personenbezogene Daten im Auftrag der Auftraggeberin verarbeitet, gilt ausschließlich der zwischen den Parteien geschlossene Vertrag zur Auftragsverarbeitung gemäß Art. 28 DSGVO.

- (3) Alle dem Auftragnehmer überlassenen Unterlagen und Datenträger verbleiben im Eigentum der Auftraggeberin und sind ausschließlich entsprechend deren Weisungen sowie zum Zweck der vertragsgemäßen Leistungserbringung zu verwenden.
- (4) Eine Einsichtnahme, Nutzung oder inhaltliche Verwertung der zu vernichtenden Unterlagen über den zur Leistungserbringung zwingend erforderlichen Umfang hinaus ist unzulässig.
- (5) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, ausschließlich zuverlässiges und entsprechend geschultes Personal einzusetzen. Die eingesetzten Mitarbeiter sind vor Aufnahme ihrer Tätigkeit auf die Einhaltung der Vertraulichkeit zu verpflichten. § 4 Abs. 1 S. 2 findet Anwendung.
- (6) Die Verpflichtungen bestehen auch über die Beendigung des Vertrages hinaus fort.

§15 Höhere Gewalt

- (1) Bei höherer Gewalt sind die Parteien für die Dauer der Störung von ihren Leistungspflichten befreit. Als höhere Gewalt gelten insbesondere Krieg, Verfügungen höherer Hand, Sabotage, Streik und Aussperrungen, Naturkatastrophen, geologische Veränderungen oder andere unvorhersehbare Einwirkungen, die außerhalb der Kontrolle der Parteien liegen.
- (2) Jede Partei informiert die andere unverzüglich über das Ereignis und stimmt geeignete Maßnahmen zur Schadensminderung ab.

§16 Zurückbehaltungsrechte

Zurückbehaltungs- und Leistungsverweigerungsrechte des Auftragnehmers sind ausgeschlossen, es sei denn, die Auftraggeberin bestreitet die zugrunde liegenden Gegenansprüche nicht oder diese wurden rechtskräftig festgestellt.

§17 Umweltschutz

Der Auftragnehmer hat alle durch die Arbeiten verursachten Beeinträchtigungen der Umwelt auf ein unvermeidbares Maß zu beschränken. Behördliche Anordnungen oder Ansprüche Dritter wegen der Arbeiten sind der Auftraggeberin unverzüglich mitzuteilen.

§18 Allgemeine Bestimmungen

- (1) Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Textform.
- (2) Sollten einzelne Bestimmungen unwirksam sein, bleibt der Vertrag im Übrigen wirksam.
- (3) Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers werden nicht Vertragsbestandteil.
- (4) Gerichtsstand ist München. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

.....
Ort, Datum

.....
Ort, Datum

i.A.

.....
Auftraggeberin
Kassenärztliche Vereinigung Bayerns K.d.ö.R.

.....
Auftragnehmer

.....
Ggf. elektronische Signatur